

Wolfgang Weiß

## **Regional-Demographie der DDR – ein bevölkerungsgeographischer Nachruf**

### **0. Vorbemerkung**

Mit angemessener historischer Distanz und bei partiell noch zugänglicher Erfahrung differenzierter Betroffenheit lässt sich die Entwicklung im Osten Deutschlands vom Zweiten Weltkrieg bis zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland nunmehr auch hinsichtlich der Regional-Demographie umreißen. Dafür bietet sich der in der Bevölkerungsgeographie allgemein übliche Algorithmus zur Behandlung der Bevölkerung an:

Von der Verteilung und deren Vorgeschichte über die Struktur nach Alter und Geschlecht zur räumlichen und natürlichen Bevölkerungsbewegung – jeweils in räumlicher Differenziertheit und wohl wissend, dass die einzelnen Momente so vernetzt sind, dass diese Gliederung nur selten sauber durchgehalten werden kann. Zwingend ist die Orientierung an einer Zeitleiste (Tabelle 1, s. Anhang), die unter dem Titel „Regionaldemographische Chronik der DDR“ vielleicht nicht ganz dem Anspruch des Historikers genügt, denn die Spalte 2 ist zwar mit „Ereignis / Rahmenbedingungen“ überschrieben, jedoch sind damit *keine direkten* Ursachen und Auslöser für „Demographische Strukturen, Prozesse und / oder Konsequenzen“ gemeint, sondern eher die gesellschaftlichen Hintergründe – immer eingedenk der Tatsache, dass die „demographische Praxis“ oftmals eine gewisse Zeit zur Umsetzung braucht, zuweilen mindestens die Dauer einer Schwangerschaft. Insofern ist die 1. Spalte als „Terminleiste“ zur 2. Spalte zu sehen, aus deren Inhalten die Demographischen Konsequenzen (3. Spalte) teilweise erst später folgten.

Einen besonderen Stellenwert in der Betrachtung hat der Raum. Die „reine“ Demographie ist eher auf Mortalität und Fertilität ausgerichtet. In der Bevölkerungsgeographie steht dagegen eher das Verhältnis von Bevölkerung und Raum im Mittelpunkt. Dabei werden weder der Raum noch die Bevölkerung verabsolutiert, sondern demographische Kennziffern als eine Eigenschaft des Raumes begriffen, aber auch das räumliche Bedingungsgefüge als

existentieller Rahmen der Bevölkerung und deren Parameter aufgefasst. Zudem sind Bevölkerung und Raum zumindest durch Migration eng verbunden. Die räumlichen Bevölkerungsbewegungen erhalten – in Abhängigkeit von der Größe der jeweiligen statistischen Basiseinheiten – zuweilen sogar den Vorrang, denn je kleiner ein Raum geschnitten und je stärker er mit anderen Räumen funktional verknüpft ist, desto größer ist die Bedeutung der Wanderungen für die Bevölkerungsentwicklung. Somit sind Wanderungen insbesondere für innergebietliche Unterschiede von Interesse. Aber auch mit Blick auf den konkreten Untersuchungsraum als Ganzes spielt die Migration eine besondere Rolle, denn die Sowjetische Besatzungszone und die West-Zonen und dann die DDR mit der BRD waren in besonderer Weise durch Wanderungen verknüpft, später durch den Bau der Mauer fast beispiellos voneinander getrennt. Somit dominiert bei einem Blick auf die Regional-Demographie der DDR zwangsläufig die Migration, einerseits hinsichtlich der Rahmensetzung, andererseits mit Bezug auf die Teilräume.

### **1. Bevölkerungsverteilung und wesentliche Gründe räumlicher Unterschiede**

Die Verteilung der Bevölkerung im Osten Deutschlands hatte auch während der Existenz der DDR ein relativ einfaches Muster: Die dichter besiedelten Länder im Süden beziehungsweise Südwesten (Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt abzüglich der Altmark) unterscheiden sich deutlich von den großräumig dominant ländlichen Gebieten östlich der Elbe (Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg) unter Einschluss der westelbischen Altmark.

Im Süden dominieren Gebiete mit über 100, vielfach über 200 Einwohner pro Quadratkilometer (Ew./km<sup>2</sup>); hier befinden sich städtische Siedlungsnetze mit relativ dichten Maschen und auch die größten Konzentrationen städtischer Bevölkerung in Ballungsräumen mit den Kernstädten Halle und Leipzig, Chemnitz und Zwickau sowie Dresden, wo auch in den Landkreisen außerhalb der Zentren teilweise über 300 Ew./km<sup>2</sup> erreicht werden. Echte ländliche Gebiete, die großflächig weniger als 100 Ew./km<sup>2</sup> haben, sind hingegen eher selten; sie befinden sich in Randlagen, wie z.B. an der Neiße, im ausgewählten Agrargebiet des Thüringer Beckens oder in vormalig ungünstiger Grenzlage zu Bayern. Die Einwohnerzahl und die mittlere Bevölkerungsdichte liegen in Sachsen-Anhalt unter Einschluss der Altmark bei 2,581 Mio. bzw. 126 Ew./km<sup>2</sup> und in Thüringen bei 2,411 Mio. bzw. 149 Ew./km<sup>2</sup>. Nur

in Sachsen wird mit 4,384 Mio. Einwohnern und 238 Ew./km<sup>2</sup> die mittlere Bevölkerungsdichte von Deutschland (231 Ew./km<sup>2</sup>) leicht übertroffen.

In den ostelbischen Gebieten und der Altmark liegt die Bevölkerungsdichte außerhalb der wenigen kreisfreien Städte zumeist nur knapp über 50 Ew./km<sup>2</sup>, vielfach aber – insbesondere zwischen den weit gespannten Maschen des Netzes städtischer Siedlungen – auch noch deutlich darunter. Die Einwohnerzahl und die mittlere Bevölkerungsdichte betragen in Mecklenburg-Vorpommern 1,760 Mio. bzw. 76 Ew./km<sup>2</sup> und in Brandenburg 2,593 Mio. bzw. 88 Ew./km<sup>2</sup>.

Großräumig darin eingeschlossen stellt Berlin (3,388 Mio. Einwohner; 3800 Ew./km<sup>2</sup>) mit seinem suburbanen Rand, der je nach funktionalräumlicher Beziehung unterschiedlich weit greift, die wichtigste Ausnahme dar. Mäßige Konzentrationen der Bevölkerung an der Ostsee, z. B. um Rostock oder entlang der Vorpommerschen Bodden-Küste, sind dagegen eher als marginal zu bezeichnen. Im Unterschied zu den westelbischen Verdichtungen ist in den ostelbischen Regionen die Polarisiertheit von Stadt und Dorf auch bezüglich der demographischen Strukturen und Prozesse stark ausgeprägt. Das lässt sich relativ gut abbilden, da die politisch-administrative Gliederung auf kommunaler Ebene, welche zugleich die statistischen Basiseinheiten liefert, von Ende der 1920er Jahre bis in die 1990er Jahre hinein kaum verändert wurde. (Alle Daten: Statistisches Bundesamt Deutschland, Stand 31.12.2002; <http://www.destatis.de/jahrbuch/jahrta1.htm>; in der Aktualisierung vom 23. April 2003)

Die Ungleichgewichte dieser Verteilung sind im wesentlichen bereits in der frühen und mittleren Phase der Industrialisierung vorgeprägt worden, wobei die überregionalen Migrationen aus Agrargebieten zu Standorten des Bergbaus und des Maschinenbaus weitgehend nachgewiesen werden können, aber auch ein nach Regionen differenzierter Ablauf der demographischen Transition wahrscheinlich ist. In der Zeit von nach dem Wiener Kongress (1816) bis nach dem Ersten Weltkrieg (1925) hatte die Einwohnerzahl Deutschlands um 151 Prozent zugenommen. Daran waren die Gebiete der späteren DDR recht unterschiedlich beteiligt. So wuchs die Bevölkerung von Mecklenburg-Strelitz nur um etwas mehr als die Hälfte (um 53 %) und in Mecklenburg-Schwerin um etwas mehr als das Doppelte (um 119 %), wogegen sich der Bestand in Anhalt fast verdreifachte (Zunahme um 193 %) und in Sachsen (Zunahme um 318 %) sogar mehr als vervierfacht hat (Weber 1977, S. 57ff.).

## 2. Der Zweite Weltkrieg und seine unmittelbaren Folgen

Gemessen an der Länge der Periode ist diese Entwicklung allerdings geradezu mäßig, wird sie mit den gewaltigen Veränderungen im und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verglichen. Die Zahlen, welche dazu von verschiedenen Autoren genannt werden, variieren z. T. erheblich, was u. a. an unterschiedlichen Zeitschnitten liegen dürfte, auf die einzelne Berechnungen zugreifen. Es gibt Bezüge auf die Volkszählung vom 17. Mai 1939 und auf den Stand vom Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939; es gibt Unterschiede bei der Verwendung von Zählungen nach dem Zweiten Weltkrieg (Volkszählung vom 1. Dezember 1945; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 oder die jeweiligen Daten der laufenden Fortschreibungen), Fehler hinsichtlich des Gebietsstandes und durch die wahlweise Einbeziehung oder Aussparung von Berlin. Selbst bei dicht aufeinander folgenden Terminen können sich die Angaben z.T. stark unterscheiden, weil verschiedene Migrationsströme gegenläufig waren und in Wellen stattfanden. Zuweilen war aber auch der Zugriff auf Daten von Umsiedler-, Kriegsgefangenen-, Entnazifizierungs- und anderen Durchgangslagern verwehrt. Davon unabhängig sind die im Folgenden verwendeten Angaben der Volkszählung vom 17. Mai 1939 und der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 zumindest amtlich und geben kaum Anlass, an ihrer Sicherheit zu zweifeln (die Einschränkung bezieht sich auf Hinweise in den Veröffentlichungen der Volkszählungen bezüglich verschiedener Unzulänglichkeiten):

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte das Gebiet der späteren sowjetischen Besatzungszone (ohne Berlin) fast 15,2 Millionen Einwohner. Infolge der direkten und indirekten Einflüsse des Krieges (Gefallene an den Fronten, Tote unter der Zivilbevölkerung durch Bombardierung der Städte, Deportation und Mord an politischen Gegnern des Faschismus und Opfern des Rassismus, noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene, Geburtenausfälle usw.) ging die Anzahl der autochthonen („ortsansässigen“ bzw. „einheimischen“) Bevölkerung bis 1946 um fast 10 % zurück. Die einzelnen Teilräume waren an diesem Verlust unterschiedlich beteiligt. So hatte Thüringen mit „nur“ 68.000 Personen (2,8 %) vergleichsweise wenig zu leiden, wogegen Sachsen mit 587.000 Personen (10,7 %) den absolut größten Rückgang der autochthonen Bevölkerung zu verkraften hatte. Die größten relativen Verluste hatte jedoch Brandenburg zu tragen, wo die abschließenden Schlachten des Krieges zu besonders vielen Toten auch unter jenen Altersgruppen führten, die gewöhnlich nicht an den militärischen Auseinandersetzungen beteiligt waren (insbesondere durch die Einziehung von Kindern und Senioren zum „Volkssturm“):

Das Defizit von 428.000 Personen entspricht einem Verlust der Bevölkerung von 17,7 %. Räumlich darin eingebettet hatte Berlin sogar 26 % seiner Einwohner verloren.

Überlagert wurde dieser Einwohnerrückgang durch den Zuzug von über 3,6 Millionen Heimatvertriebenen, Umsiedlern und Flüchtlingen. Allein aus Hinterpommern, dem östlichen Brandenburg bzw. der Neumark, aus Ostpreußen und Schlesien bzw. aus Sachsen östlich der Neiße kamen bis 1946 fast 2,3 Mio. Menschen, 72.000 kamen aus Danzig, 246.000 aus Polen und über 840.000 aus Böhmen und Mähren (statistisch: Tschechoslowakei). Das führte nicht nur zum arithmetischen Ausgleich der Kriegsverluste, sondern sogar zu einem enormen Anstieg der Bevölkerungszahl um über 14 % gegenüber dem Vorkriegsstand. Auch dieses Wachstum war räumlich stark differenziert. Vielfach von Zufällen bei der Organisation der Flüchtlings-Trecks, dem Zerstörungsgrad der Infrastruktur am Ende des Krieges oder den Möglichkeiten der Unterbringung und Ernährung der Flüchtlinge abhängig, nahmen Sachsen-Anhalt (905.561 Personen) und Mecklenburg-Vorpommern (909.130 Personen) die größten Gruppen auf (Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946).

Der Anteil der allochthonen („fremdstämmigen“) Bevölkerung stieg dabei in der sowjetischen Besatzungszone bis 1946 auf über ein Fünftel (insgesamt 20,8 %). Er lag lediglich in Sachsen (12,2 %) deutlich unter diesem Durchschnitt, wogegen Mecklenburg-Vorpommern (42,5 %) quasi eine zweite Bevölkerung dazu bekam. Besonders hoch war der Anteil in den nordwestlichen und mittleren Kreisen Mecklenburgs Wismar, Schönberg, Güstrow und Schwerin (Gebietsstand 1946), wo die allochthone Bevölkerung mit fast 60 % gegenüber den Einheimischen sogar überwog.

Damit stieg die Einwohnerzahl gegenüber dem Vorkriegsstand in Sachsen und Brandenburg um 1,7 % bzw. 4,7 %, in Sachsen-Anhalt und Thüringen jeweils um über 20 % und in Mecklenburg-Vorpommern sogar um über 52 % (VBZ 1946). Zwischen den Volkszählungen von 1945 und 1946 lag die Einwohnerzahl in Mecklenburg-Vorpommern zeitweilig sogar um 76 % über dem Vorkriegsstand (Weiß 1996).

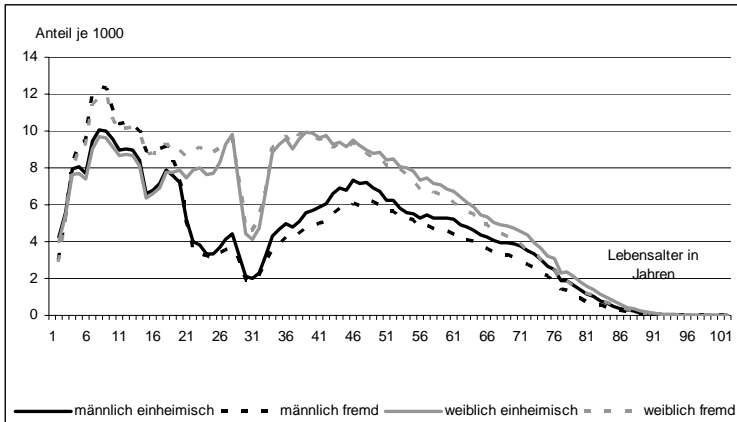
### **3. Ausgewählte Aspekte der Bevölkerungsstruktur 1946**

Die Alters- und Geschlechtsgliederung der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone hatte aufgrund der gemeinsamen historischen Entwicklung unmittelbar nach dem Krieg nicht nur die gleichen physiognomischen Merkmale wie die Bevölkerung der West-Zonen, sondern sie war sogar zunächst

fast identisch (Roloff 2000, S. 3). Dabei fällt insbesondere der enorme Frauenüberschuss jener Jahrgänge auf, deren Männer zum Kriegsdienst einberufen wurden und mit über 5 Millionen Toten an der Front blieben. Ein großer Teil des Männerdefizits befand sich 1946 noch in Kriegsgefangenschaft. Der Sockel der Alters- und Geschlechtsgliederung ist äußerst geschwächt: Diese Einschnürung markiert den kriegs- und unmittelbaren nachkriegsbedingten Geburtenausfall, größtenteils Resultat verminderter Zeugungschancen wegen Abwesenheit der Männer. – Die Grafik des Lebensbaums der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen Zeitständen wird als bekannt vorausgesetzt. Zu den ersten Autoren, die sich in der DDR mit diesem Thema öffentlich beschäftigten, gehörten die Jenaer Sozialhygieniker Gottfried Schrödel und Günther Funk (1959).

Es gab allerdings einige signifikante strukturelle Unterschiede zwischen der autochthonen und der allochthonen Bevölkerung. Generell war der Anteil der Kinder und Jugendlichen bei den Familien der „Umsiedler“ deutlich höher (der Begriff „Neubürger“ wurde fast nur in den Westzonen und in der ehemaligen Bundesrepublik benutzt; er integrierte zugleich die aus der SBZ bzw. aus der DDR in die West-Zonen bzw. in die BRD abgewanderten Personen). Das spricht zunächst für eine insgesamt höhere Fertilität der aus den zumeist ländlichen Gebieten des Ostens stammenden Menschen im regelrechten Gegensatz zur schon damals stark urbanisierten Bevölkerung der mitteldeutschen Industriegebiete. Es gab aber noch einen weiteren signifikanten Unterschied, der in der regional-demographischen Literatur bislang nicht beachtet wurde:

Die Geburtsjahrgänge 1920 bis 1928, die bei den Männern besonders viele Verluste durch die Kriegshandlungen erlitten, waren bei den allochthonen Frauen signifikant stärker besetzt, als bei den autochthonen. Dagegen waren bei den allochthonen Männern ab dem 20. Lebensjahr aufwärts alle Jahrgänge gegenüber den autochthonen unterbesetzt. Bei Männern im Alter von 40 bis knapp 50 Jahren, die in beiden Weltkriegen an der Front waren, ist diese Differenz besonders deutlich. Damit wird zumindest eine These erhärtet, die gewöhnlich immer mit einem Revanchismusvorwurf kommentiert wird, weil sie bislang fast nur von den Vertriebenenverbänden getragen wurde: Die Menschen aus den abgetretenen Ostgebieten und andere Auslandsdeutschen waren nicht nur die stärksten Verlierer, weil sie Haus und Hof, Existenz und Heimat zurück lassen mussten, sondern sie hatten auch die größte Last an Kriegstoten zu tragen. Sicher sollte dieser Themenkreis – dann aber an anderer Stelle – im Detail noch weiter untersetzt werden.



Quelle: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Band iV, Sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949, S. 2, 3, 14 und 15; eigene Berechnung

Abb. 1: Sowjetische Besatzungszone: Autochthone und allochthone Bevölkerung, Proportionen nach Alter und Geschlecht 1946

Die Polarisiertheit des generativen Verhaltens ländlicher und städtischer bzw. landwirtschaftlicher und Industriebevölkerung bestätigt sich bei Beschränkung auf Mecklenburg-Vorpommern, das strukturell den Ostgebieten relativ ähnlich war. Bei diesem Vergleich ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen nicht mehr nach Einheimischen und Umsiedlern zu unterscheiden, sondern gleich hoch. Hingegen ist bei diesem Vergleich bei der allochthonen Bevölkerung das Defizit an Männern vom 20. bis zum 50. Lebensjahr noch stärker ausgeprägt als beim obigen Vergleich allochthoner und autochthoner Bevölkerung der SBZ insgesamt. Das lässt folgende Vermutungen zu:

Erstens bestätigt sich der Verdacht, dass die Bevölkerung aus dem Osten besonders viele Kriegsoffer zu tragen hatte, denn bei den Umsiedlern waren, bei aller übrigen Ähnlichkeit der Strukturen fremdstämmiger und einheimischer Bevölkerung ländlicher Regionen, vor allem die Männer der Geburtsjahre 1925 bis 1917 besonders stark dezimiert.

Zweitens könnte sich der in dieser Zeit raschere Anstieg der Geburtenrate im Osten Deutschlands gegenüber dem Westen als Resultat eines relativ einfachen statistischen Effekts erweisen: Er lässt sich aus der proportional wesentlich stärkeren Besetzung mit Frauen ableiten, die sich nicht nur im Alter der höchsten Fertilität befanden, sondern die hinsichtlich ihrer Lebensführung bis zu diesem Zeitpunkt auch eine höhere Fertilitätsneigung – was auch immer darunter zu verstehen ist: das Resultat zählt! – besaßen.

Drittens könnte insbesondere in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands der damalige Mangel an Männern (1946 kamen in der SBZ im Alter von 18 bis 35 Jahren auf 100 Männer über 202 Frauen, in Mecklenburg-Vorpommern sogar über 221) zu einer hohen Selbstverständlichkeit von lediger Mutterschaft geführt haben. Das könnte sogar die Ursache mancher emanzipatorischer Entwicklung in der DDR gewesen sein, bei welcher der Status der Ehe als organisatorischer Rahmen der Familie erheblich an Bedeutung verlor. Ob der heutige europäische Spitzenplatz Ostelbiens bei lediger Mutterschaft ein spätes Erbe dieser Nachkriegsstruktur ist, sollte die aktuelle demographisch-soziologische Forschung erkunden.

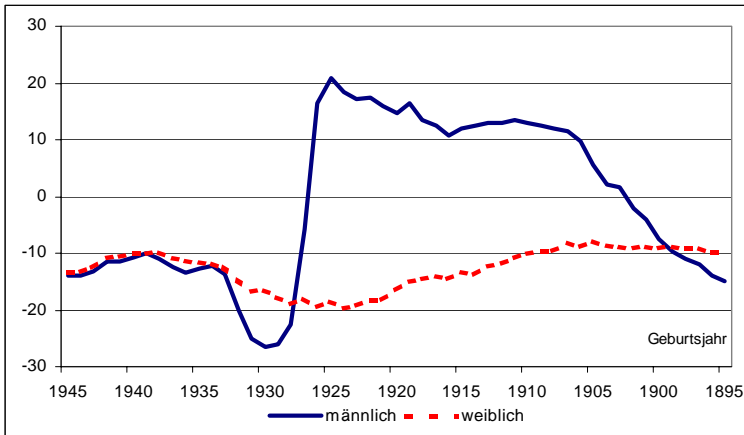
#### **4. Bis zum Bau der Mauer: Heimkehrer, Korrekturwanderungen und Ost-West-Migration**

Ende 1946 begann eine neue Phase der Nachkriegs-Migration. Zwar hielten die Vertreibungen aus dem Osten weiter an (in Stettin hatte die Vulcan-Werft bis 1947 Reparationsleistungen zu erbringen, erst danach wurde die Stadt endgültig ausgesiedelt), doch mittlerweile setzte ein permanenter Migrationsstrom aus der Sowjetischen Besatzungszone in die West-Zonen ein, der nach westdeutschen Veröffentlichungen allein von 1946 bis 1950 einschließlich jener Flüchtlinge, die zunächst in der SBZ Station gemacht hatten, etwa 1,3 Millionen Personen umfasste. Dadurch verschob sich der Anteil der allochthonen Bevölkerung, stieg in Sachsen-Anhalt auf über 26 % und in Mecklenburg-Vorpommern sogar auf über 52 % an. Zum Vergleich: Die höchsten Anteile an „Neubürgern“ lagen in den Ländern der Westzonen 1950 in Schleswig-Holstein bei 36 % und in Niedersachsen bei 26,9 %. Allerdings gehörten zu diesen Allochthonen nicht nur die Flüchtlinge, Umsiedler und Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten, sondern nunmehr auch viele Menschen, die ursprünglich in der SBZ zu Hause waren, aber auch z. B. ausgebombte Hamburger, die nun im Umland wohnten.

Eine besondere Überlagerung bekam die Nachkriegs-Migration durch die Heimkehr der Kriegsgefangenen. Sie hielt offiziell bis zu den Verträgen der Sowjetunion mit der DDR 1954 und der Bundesrepublik 1955 an. Der Umfang dieser Wanderungen war so groß, dass in der Alters- und Geschlechtsgliederung der DDR trotz der Ost-West-Migration in den Altersgruppen der Geburtsjahrgänge 1926 bis 1903 ein absoluter Zuwachs zu verzeichnen war. Zeitgleich haben überproportional viele Männer jener Altersgruppen den Osten verlassen, die eingeschränkt oder gar nicht mehr zum Krieg einberufen



worden waren (Geburtsjahrgänge 1927 bis 1932) – eine typische Migration von Schulabgängern bzw. Berufseinsteigern aus wirtschaftlichen Gründen.



Quelle: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Band IV, Sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949, S. 2 und 3; Statist. JB der DDR 1957; eigene Berechnung

Abb. 2: Veränderungen der Alters- und Geschlechtergliederung in der SBZ und in der DDR nach Geburtsjahrgängen von 1946 bis 1955 in %

Der überproportionale Verlust an Männern ab Geburtsjahrgang 1905 und älter ist in dieser Zeit offensichtlich auf eine höhere Sterblichkeit der durch zwei (!) Kriege geschwächten Personen zurückzuführen. Sie waren mit rund 50 bis 60 Jahren älter als die migrationsaktivsten Altersgruppen, zugleich aber jünger als die verstärkt zum Ableben neigenden Jahrgänge.

Dadurch veränderten sich allmählich die Proportionen in der Alters- und Geschlechtergliederung Deutschlands zwischen Ost und West: Zwar führten die höheren Kinderanteile der Flüchtlinge und die im Osten früher als im Westen einsetzende Reaktivierung der Geburtenrate dort zur Senkung des Durchschnittsalters der Bevölkerung, doch bewirkten die Abwanderung jüngerer Männer und eine nach dem Alter möglicherweise unausgewogene Rückkehr der Kriegsgefangenen die Erhöhung des mittleren Alters. So lag das Durchschnittsalter in der DDR bereits im Jahre 1950 mit 37,9 Jahren um fast drei Jahre über dem BRD-Wert mit 35,2 Jahren (Roloff 2000, S. 4). So hatte die DDR von Anfang an eine höhere Last an „unproduktiver“ Bevölkerung (zu jung oder zu alt, um wirtschaftlich aktiv zu sein) zu tragen.

In den Grafiken 2, 3, 5 und 6 wird die Veränderung der Alters- und Geschlechtergliederung über jeweils zwei Zeitschnitte gezeigt. Dabei werden die

Geburtsjahrgänge in der x-Achse markiert. Vom jeweils ersten zum jeweils letzten Jahr der bezeichneten Periode hat sich die Anzahl der Personen im jeweiligen Geburtsjahr entweder verkleinert (Todesfälle und / oder negativer Wanderungssaldo) oder vergrößert (positiver Wanderungssaldo). Zuwachs oder Verlust sind an der y-Achse zu erkennen. Um Altersstruktureffekte auszuschließen, werden nur die relativierten Veränderungen abgebildet.

Ab Mitte der fünfziger Jahre veränderten sich die Migrationsströme grundlegend. Der Zugang an Kriegsgefangenen war beendet. Gleichzeitig bekam die Abwanderung in die Bundesrepublik zunehmend eine politische Komponente, wofür symbolisch der 17. Juni 1953 und die forcierte Gründung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften als Beispiel bzw. als Auslöser stehen.

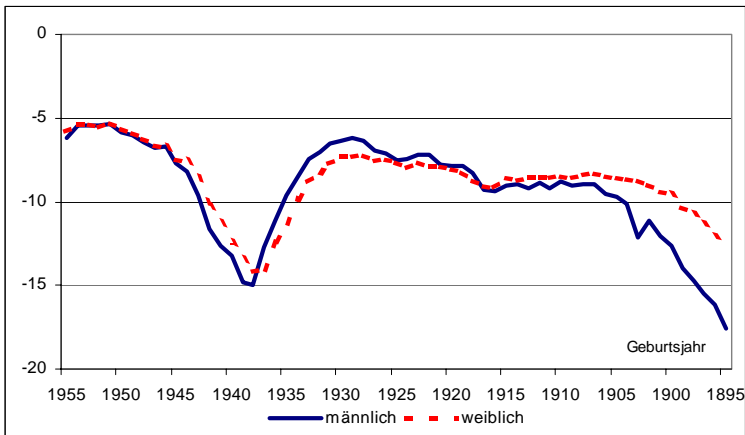
Im Detail wird die Abwanderung jedoch vielfach ökonomisch determiniert, von der Faszination des Wirtschaftswunders getragen und komplexer begründet gewesen sein. Dafür spricht, dass die überproportionale Abwanderung von Schulabgängern und Berufseinsteigern dem Muster der „wirtschaftlichen Gründe“ folgte, denn diese Altersgruppe war in jenen Jahren gerade mit der Lehre bzw. mit der höheren Schule fertig. Anders ausgedrückt: Die damalige Abwanderung war nach dem Alter strukturell der Abwanderung um 2000 sehr ähnlich. Sie hatte noch eine weitere Analogie zur aktuellen Migration:

Erstmals waren Frauen im gleichen Umfang an der Migration beteiligt wie Männer. Mehr noch: Die sexualspezifische Altersstruktur war plötzlich sogar weitgehend deckungsgleich. Das ist zumindest insofern bemerkenswert, als diese gleichgewichtige Abwanderung weiblicher und männlicher Schulabgänger erstmals in genau jenen Geburtsjahrgängen auftritt, in denen Mädchen und Jungen gemeinsam beschult wurden (die vollständige Aufhebung der schulischen Geschlechtertrennung erfolgte zwar regional unterschiedlich, war in der SBZ aber von Anfang an Prinzip). Weiterhin untermauert dieses Wanderungsverhalten die Schulabgänger- und Berufseinsteiger-Hypothese, denn bei Eheleuten war damals ein mittlerer Altersunterschied von rund drei Jahren üblich und ein später wichtiger Grund für geschlechtsspezifische Unterschiede in der Migration war noch nicht eingetreten: Die Remilitarisierung Deutschlands (Gründung der Bundeswehr: 1955; Gründung der Nationalen Volksarmee: 1956) war noch nicht vollzogen. Erst mit der Einführung der Wehrpflicht (in der BRD: 1957; in der DDR: 1961) verschoben sich die altersspezifischen Spitzen bei der Migration junger Männer in beiden deutschen Staaten zumindest um die Dauer des Grundwehrdienstes noch oben.

Das gegenüber heute relativ frühe Berufseintrittsalter lag u. a. an der damals noch auf acht Jahre beschränkten Schulpflicht, woraus sich ein Ende der Lehre vielfach bereits mit 17 Jahren ableitete. Allein die relativ stark besetzten Geburtsjahrgänge 1934 bis 1944 verloren in den fünfeinhalb Jahren von 1955 bis August 1961 fast 380.000 Personen – etwa 12 % des Bestandes; das war rund ein Viertel aller Migranten, die damals von der DDR in die BRD abwanderten.

Auch in dieser Periode ist die erhöhte Übersterblichkeit der Männer ab Geburtsjahrgang 1905 noch immer auffällig, obgleich sie schon langsam in die „übliche“ Übersterblichkeit übergeht. Von einer „natürlichen“ Übersterblichkeit der Männer kann angesichts der großen Differenz zwischen der Lebenserwartung von Männern und Frauen im Osten Deutschlands nicht gesprochen werden (vgl. auch Luy 2002).

In der Literatur wird für den gesamten Zeitraum von 1950 bis 1961 oft ein Migrationsverlust in Richtung BRD von im Saldo etwa 2 Mio. Menschen angegeben (so auch bei Roloff 2000, S. 4). Dabei werden allerdings zumeist sowohl die Heimkehrer als auch die West-Ost-Migranten nicht gegengerechnet.

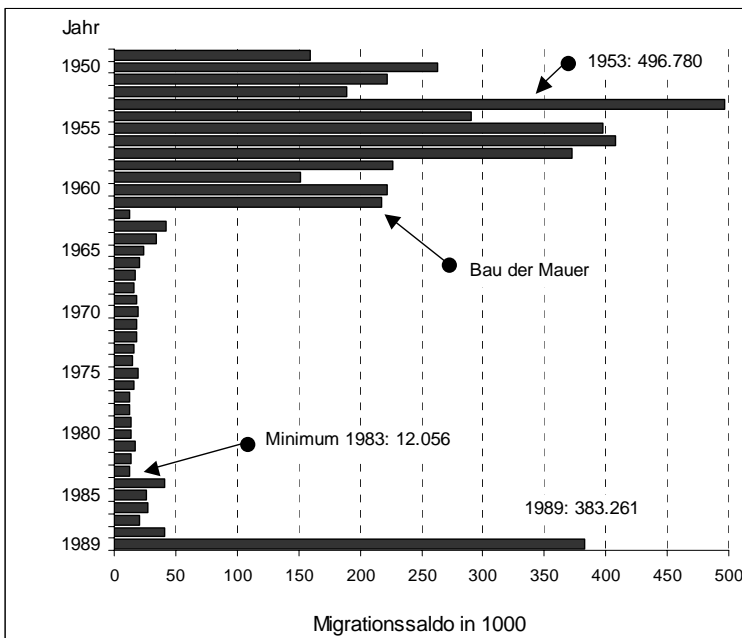


Quelle: Statist. JB der DDR 1957; JB der DDR 1962; eigene Berechnung

Abb. 3: Veränderungen der Alters- und Geschlechtsgliederung in der DDR nach Geburtsjahrgängen von 1955 bis 1961 in %

## 5. Bevölkerungsentwicklung bei eingeschränkter Außenwanderung

Mit der fast vollständigen Schließung der Grenze 1961 kam die bis dahin dominante Ost-West-Migration fast vollständig zum Erliegen. Dennoch wurde die DDR demographisch nicht zum „geschlossenen System“, denn bis zum Fall der Mauer wanderten pro Jahr durchschnittlich über 20.600 Menschen in die BRD ab. Die meisten dieser insgesamt 557.000 Personen verbanden diesen Schritt mit ihrem Eintritt ins Rentenalter, das bei Frauen mit 60 und bei Männern mit 65 Jahren begann. In diesen Wanderungen waren aber auch ca. 33.000 Personen enthalten, die oft wesentlich jünger waren. Eine regionale Differenzierung liegt leider nicht vor.



Daten: Dorbritz 1994, S. 442

Abb. 4: Wanderungsverluste der DDR in die BRD

In der Literatur spielt die Außenwanderung der DDR nach 1961 zumeist keine Rolle. Das ist bedauerlich, denn zumindest einige Auffälligkeiten sind somit offenbar bis heute unbeachtet geblieben. Zwar wurde verschiedentlich über Veränderungen im Bestand geschrieben, aber ihre inhaltliche Struktur,

insbesondere ihre Gliederung nach Alter und Geschlecht sowie ihre räumliche Differenziertheit, sind z. T. bis heute noch nicht aufgearbeitet. Das ist in ausgewählten Teilfragen ein originäres Forschungsthema, kann also hier nicht geleistet werden. Dennoch sind einige Aspekte zu erwähnen, die sich vor allem auf die Altersstruktur beziehen. Dazu wird der Vergleich von 1961 mit 1976 gewählt, weil dieses Jahr eine spezielle Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung der DDR hatte: Nach Beginn der kostenfreien Ausgabe der „Pille“ und der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs 1972 ordneten sich die Reproduktionsbiographien völlig neu. Das war 1976 weitgehend abgeschlossen. Außerdem hatte das Wohnungsbauprogramm erst Mitte der 1970er Jahre seine volle Dynamik erhalten.

Es gibt zwei Altersgruppen mit deutlicher Zunahme bzw. mit signifikant verringerten Verlusten. Bei den Geburtsjahrgängen 1953 bis 1958 waren es Studenten und Berufsschüler aus Entwicklungsländern, die nach der zunehmenden internationalen Anerkennung der DDR ab Anfang der 1970er Jahre verstärkt in die DDR kamen. Zu dieser Gruppe gehören aber auch relativ viele Personen, die infolge politischer Auseinandersetzungen in ihren Heimatländern in der DDR Asyl erhielten, wie z. B. 1973 nach dem Sturz der Regierung Allende in Chile.

Die zweite Gruppe gibt hingegen zunächst Rätsel auf: Es sind Männer der Geburtsjahrgänge 1926 bis 1932. Ihr Bestand ist gegenüber den gleichaltrigen Frauen um etwa 25.000 Personen vermindert rückläufig, weist im Kern sogar einen Zuwachs von insgesamt fast 8000 Personen auf. Dieser Netto-Gewinn, der vom Umfang her fast identisch mit der West-Ost-Migration des Jahres 1962 ist, korrespondiert mit der dritten Auffälligkeit: Ebenfalls bei den Männern gibt es gegenüber den gleichaltrigen Frauen einen überproportionalen Verlust bei den anschließenden Geburtsjahrgängen 1933 bis 1936 von immerhin 11.000 Personen. Dieser Verlust von etwa 25-35jährigen Männern ist nicht mit einer überhöhten Sterblichkeit und auch nicht durch den Ausgleich von Fehlern aus den starken Abwanderungen der 1950er Jahre zu erklären. Also bleiben nur Schlussfolgerungen, aus deren Vielfalt die folgenden die höchste Wahrscheinlichkeit haben dürften:

Es gab zwischen den beiden deutschen Staaten – trotz der geschlossenen Grenze – zumindest anfänglich noch erhebliche Wanderungen, die in dieser Größenordnung und vor allem hinsichtlich der Selektivität insbesondere in der bevölkerungsgeographischen Literatur bislang kaum zur Kenntnis genommen wurden. Das ist nicht verwunderlich, denn in der DDR wurde dieses Thema bis zum Fall der Mauer offiziell und öffentlich tabuisiert, und seit der Fusion Deutschlands handelt es sich eher um eine Marginalie. Dennoch – oder gerade darum – soll es hier zumindest hinterfragt werden.

Dagegen waren die Männer der Geburtsjahrgänge 1926 bis 1932 gegenüber den gleichaltrigen Frauen um etwa 25.000 Personen vermindert rückläufig. Im Kern weist diese Gruppe sogar einen Zuwachs von insgesamt fast 8000 Personen auf. Dieser Netto-Gewinn, im Umfang fast identisch mit der West-Ost-Migration des Jahres 1962, korrespondiert mit einer dritten Auffälligkeit: Ebenfalls bei den Männern gibt es gegenüber den gleichaltrigen Frauen einen überproportionalen Verlust bei den anschließenden Geburtsjahrgängen 1933 bis 1936 von immerhin 11.000 Personen. Dieser Verlust von etwa 25-35jährigen Männern kann hier nicht erklärt werden, zumal es keine regionale Untersetzung mit Bezug auf Mecklenburg-Vorpommern gibt. Dennoch – oder gerade darum – soll hier zumindest hinterfragt werden, ob es vielleicht eine Beziehung dieser Migration zu den politischen Auseinandersetzungen jener Zeit gab, denn bereits mit dem KPD-Verbot in der BRD (1956) wurde die DDR für viele Personen allein schon aus ideologischen Gründen zur Heimat (die West-Ost-Migration von 1954 bis 1957 umfasste 174.000 Personen). Das waren aber in der Regel Familien. Nach 1961 hatte die Migration jedoch eine andere Struktur.

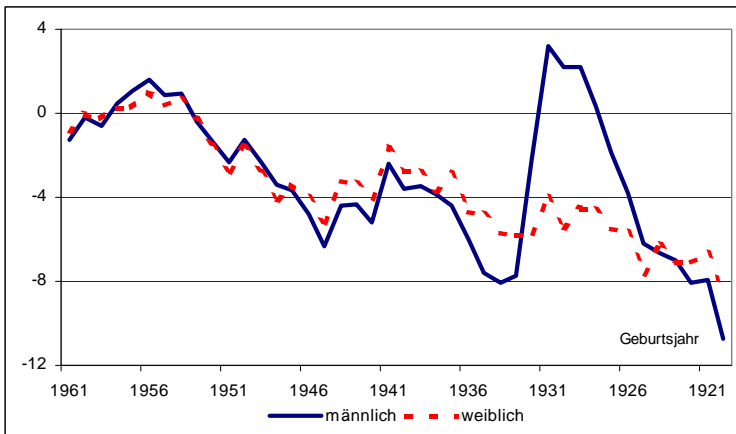
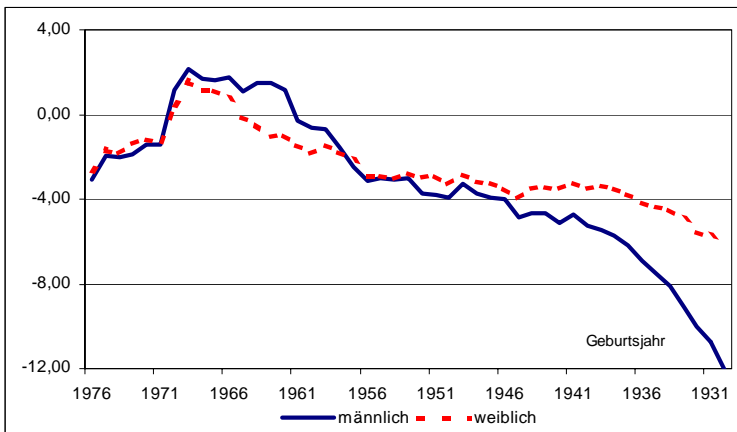


Abb. 5: Veränderungen der Alters- und Geschlechtergliederung in der DDR nach Geburtsjahrgängen von 1961 bis 1976 in %

Die überproportionale Beteiligung von Männern und eine relativ klare Siebung nach Altersgruppen deutet auf Wanderungen, die einen organisierten biographischen Schritt markieren, wie z. B. Beginn oder Ende einer Qualifikation oder eines zeitlich begrenzten Arbeitsvertrages. Von spezieller Bedeutung war dabei der Austausch mit der Sowjetunion, denn ausgewählte

Spezialisten waren, unabhängig von den in der DDR stationierten Truppen der Sowjetarmee, z. B. bei der Wismut (Uran-Bergbau) und anderen Projekten des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe = Council for Mutual Economic Assistance = COMECON) tätig, wie z. B. später (für Mecklenburg-Vorpommern bedeutsam) beim Aufbau des Kernkraftwerkes in Greifswald; dazu kamen auch Familienangehörige dieser Vertragsarbeiter. Ob zumindest einige dieser Gruppen zeitweilig statistisch zur Bevölkerung gehörten, geht aus den offiziellen Dokumenten nicht hervor.

In der Restzeit bis 1989 scheinen die Veränderungen der Altersstruktur quasi „einzuschlafen“ und Ursache dafür zu sein, dass in der Retrospektive das Bild von der „in sich geschlossenen Gesellschaft“ entstand. Die wichtigsten Ausnahmen sind wiederum die Abwanderungen von Senioren und ein weiterer Zuwachs junger Erwachsener, wie bereits oben beschrieben. Es sind nunmehr die Geburtsjahrgänge 1962 bis 1970, welche eine absolute Zunahme verzeichnen. Das beschreibt die Ausbildungsleistungen der DDR für jene Entwicklungsländer, die u. a. in der Kampagne „Arbeiten und Lernen“ vorrangig junge Männer entsandten: Vietnam, Kambodscha und Laos, sowie Kuba, Äthiopien, Angola und Mocambique. – Bei den Geburtsjahrgängen 1940 und älter ist wieder ein überproportionaler Verlust an Männern zu konstatieren, der in der Zeitachse gleitend zunimmt. Das weist auf eine im Unterschied zur BRD deutlichere Übersterblichkeit der Männer hin.



Quelle: Statist. JB der DDR 1977; JB der DDR 1989; eigene Berechnung

Abb. 6: Veränderungen der Alters- und Geschlechtsgliederung in der DDR nach Geburtsjahrgängen von 1976 bis 1988 in %

## **6. Innergebietliche Wanderungen**

### **6.1. Allgemeine Rahmenbedingungen und Besonderheiten**

Auch innerhalb der DDR vollzogen sich erhebliche Umverteilungen der Bevölkerung. Sie lassen sich nach Regionen bzw. Standorttypen der Zu- bzw. Abwanderung gliedern. Sie stehen mit räumlichen Unterschieden in der Alters- und Geschlechtsgliederung der Bevölkerung sowie der Fertilität und der Lebenserwartung in Verbindung. Binnenwanderung kann in diesem Sinne als eine Verschiebung der räumlichen Potentiale interpretiert werden.

Zunächst hatte die Binnenmobilität der DDR – unabhängig von der Ost-West-Migration und vor allem an der BRD gemessen – fast über die gesamte Zeit hinweg einen relativ geringen Umfang. Nur bis Mitte der 1950er Jahre hatte sie fast das gleiche Niveau wie in der BRD. Das reflektiert vor allem die Wirkung der damaligen Wirtschaftsentwicklung auf die individuellen und gesellschaftlichen Ziele von Wanderungen, denn die extensive Schaffung neuer und der Ausbau vorhandener Produktionszentren verlangte nach Arbeitskräften.

Die Standorte der damaligen Wachstumsindustrie expandierten; die Einwohnerzahlen nahmen oft sprunghaft zu. Dabei legten die Wandernden zu meist relativ große Distanzen zurück. Das ist in der Migration einer der wichtigsten Unterschiede von DDR und BRD: Während in der Regel kürzere Distanzen gegenüber längeren dominieren, war das in der DDR der 50er Jahre genau umgekehrt, hielt auch noch bis in die 60er Jahre an. Als sich 1962 nach Schließung der Grenze die Migrationsströme neu ausrichten mussten, hatten die kreisgrenzenüberschreitenden Wanderungen innerhalb der Bezirke ein Volumen von 235.437 Fällen, wogegen die Wanderungen über die Grenzen der Bezirke hinweg von 308.962 Personen wahrgenommen wurden.

Eine zweite Besonderheit resultierte aus den Zielen der Territorialplanung, der „sozialistischen Raumordnung“. Sie definierte Zentrale Orte zugleich immer als politisch-administrative, ökonomische und kulturelle Zentren des jeweils zugeordneten Administrativraumes bzw. des jeweiligen Einzugsgebietes. Danach richteten sich von Anbeginn die Investitionen in der Wirtschaft und dem Wohnungsneubau. So kam es auch zur demographischen Stärkung solcher Städte, die erst bei Einführung der Bezirke in der Kreisgebietsreform 1952 eine entsprechende Aufgabe erhielten. Die Territorialplanung war aber auch politischen Kampagnen unterworfen. Mit dem strategischen Ziel vom „Abbau der territorialen Disproportionen [gemeint waren ungerechtfertigte Niveauunterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen, allerdings ohne zu definieren, was gerechtfertigt sei! W.W.] zwi-



schen dem Norden und dem Süden“ wurde eine gezielte Migration von Arbeitern organisiert, welche als Erfahrungsträger der Industrie diese Kenntnisse in die moderne Landwirtschaft einbringen sollten. Unter der Losung „Industriearbeiter aufs Land“ wurden Tausende Menschen aus dem Süden in den Norden umgesiedelt. – Später gab es auch eine Gegenbewegung: Im Ergebnis der Mechanisierung der Landwirtschaft wurden ab Mitte der 1960er Jahre Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft für die Industrie gewonnen, bzw. es wurde weniger Nachwuchs für die Landwirtschaft ausgebildet. Damit bekam das Bildungswesen eine spezifische migrationslenkende Funktion. Mit der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen z. B. für die chemische Industrie um Halle, die Textilindustrie in der Ober-Lausitz oder die Mikroelektronik in Thüringen wurden den ländlichen Kreisen des Nordens über zwanzig Jahre lang die nach den schulischen Leistungen besten Absolventen entzogen.

Eine weitere Besonderheit leitete sich aus dem siedlungspolitischen Leitbild der sozialistischen Städteplanung ab. Wie bei der Industrialisierung in der Sowjetunion ab Ende der 1920er Jahre wurde auch in der DDR die räumliche Identität von Wohn- und Arbeitsort angestrebt. Dafür wurde die „Wohnraumlenkung“ bereits relativ frühzeitig zu einer Einrichtung mit der Funktion eines „staatlichen Organs“. Betriebe erhielten nach ihrer hierarchischen Stellung Kontingente an Wohnraum für ihre Mitarbeiter. Letztlich führte das Procedere zu einer Verringerung des Wanderungsvolumens.

Zum städtebaulichen Leitbild gehörte auch die „Überwindung der Disproportionen [sic!] zwischen Stadt und Land“. Dieses Ziel baute auf einem stadtorientierten Fortschrittsglauben auf, der selbst heute tragender Gedanke des Deutschen Städtetages ist. Allerdings war es in der DDR möglich, daraus ein allumfassendes Programm zu machen, das konsequent zur Verstädterung (Vergrößerung des Anteils städtischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung) und Urbanisierung (Übertragung von städtischen Lebens-, Wohn-, Sozial- und Wirtschaftsformen bzw. von städtischen Arbeits- und Lebensbedingungen auf den ländlichen Raum) führte.

In der Literatur wird mehrfach darauf hingewiesen (Weber, Möbius 1990; Wendt 1994), dass sich in den 1970er und 1980er Jahren die Binnenwanderung „stabilisierte“. In Zahlen: Von Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre ging die Migrationsrate (Anteil der Bevölkerung, die im jeweils betreffenden Jahr den Wohnort wechselt) von den anfangs bereits mäßigen 4,1 % auf knapp 2,5 % stetig, aber nicht ganz linear zurück.

Für eine Erklärung der insgesamt geringen Wanderungsintensität in der DDR reicht das aber nicht aus, denn sie hält im Osten Deutschlands über 1990

hinaus an. Nur zwischenzeitlich, mit den enormen Wegzügen in die westlichen Bundesländer insbesondere von 1989 bis 1993, war der Trend etwas anders. Vielleicht sollten zur Begründung der geringen Migrationsintensität in der DDR einige psychologische Aspekte beachtet werden:

Wer so lange auf eine gute Wohnung warten musste wie die meisten DDR-Bürger, der entwickelt eine ganz spezielle Bindung zu dieser Heimstatt. So hält die Sesshaftigkeit in Stadtquartieren der 1960er und 1970er Jahre bis heute an. Das zeigen jüngste Untersuchungen im Rahmen des Bundesprogramms „Stadtumbau Ost“: In mehreren Städten wurde bei Stadtteilen, die in den 1960er Jahren fertiggestellt wurden, unter den Mietern ein Anteil des Erstbezuges ermittelt, der 50 % weit überschritt. Zu den erstaunlichen Erkenntnissen dieser Studien gehört der sehr große Anteil an „Nesthockern“ (erwachsene, ökonomisch selbstständige Kinder) in ca. 10 % aller Haushalte, der offenbar einer DDR-Tradition folgt.

Ein weiteres psychologisches Moment bedarf im Rahmen einer allgemeinen Untersuchung von Wanderungen noch prinzipieller Bearbeitung: Veränderungen in der Bedürfnisstruktur der Bevölkerung. Bezogen auf die DDR dürfte nämlich gelten: Wenn endlich der Wohnungsbedarf beseitigt war, dann folgten andere Bedürfnisse, die z.B. nur in Berlin befriedigt werden konnten ... !

Die Standortentscheidungen für den industriemäßigen staatlichen Wohnungsneubau waren für die Migration von dominanter Bedeutung. Nachdem in den 1950er und 60er Jahren zunächst der Aufbau der Volkswirtschaft im Mittelpunkt stand, wurde die Wohnungsnachfrage zunehmend zum zentralen sozialen Problem. Die SED reagierte darauf erst 1971 auf ihrem VIII. Parteitag mit dem „Wohnungsbauprogramm“. Es sollte die „Wohnungsfrage als soziales Problem bis zum Jahre 1990“ lösen. Dieser Aufgabe ordnete sich zeitweilig alles unter.

## 6.2. Regionierung der Wanderungen nach Bezirken

Das „Wohnungsbauprogramm“ brauchte fast fünf Jahre Anlaufzeit, so dass die Ergebnisse erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung griffen. Letztlich bildete sich ein großräumiges Muster der überregionalen Migration heraus, das eine Ansprache der Bezirke als Typen mit differenzierter Eigenschaft als Quell- oder Zielgebiete von Wanderungen zulässt. Im wesentlichen sind fünf Regionen zu unterscheiden:

- Berlin: das überdominante Migrationsziel. Die Stadt hatte permanenten Wanderungsgewinn, wobei sie zunehmend auf Kosten aller anderen Ge-

biete wuchs. In den 1970er Jahren lag der Wanderungsgewinn im Saldo noch bei 109.000 Personen, in den 1980er Jahren (bis 1989) dann sogar bei 164.000 Personen (Wendt 1994, S. 530). Dafür erhielt die Stadt die richtigen Pull-Faktoren: die beste Versorgung bei Konsumartikeln und Dienstleistungen, eine überdurchschnittliche Qualität der kulturellen und sozialen Infrastruktur und in der „FDJ-Initiative Berlin“ vor allem gute Wohnungen.

Hier ist Gelegenheit, an eine der wenigen „echten“ bevölkerungspolitischen Absichten in der DDR zu erinnern: Um 1980 äußerte der damalige SED-Chef von Berlin, Schabowski, dass Ost-Berlin spätestens bis zum Jahre 2000 mehr Einwohner als West-Berlin haben müsse. Der Zuzug in das „Schaufenster des Sozialismus“ war also politisches Programm.

- Die Nachbarbezirke Berlins, Potsdam und Frankfurt/Oder: Sprungbrett in die Hauptstadt. Zeitweilig gab es aus unterschiedlichen Gründen Restriktionen für den Zuzug nach Berlin, z. B. wenn der Wohnungsbau den wachsenden Bedarf nicht decken konnte. Bei Nachweis einer Arbeit in Berlin konnte aber ein Pendler aus dem Umland recht bald eine Wohnung in der Hauptstadt beanspruchen. So gab es in Städten in relativer Berlin-Nähe einen regulären Stellvertreter-Wohnungsbau. Als Berlin dann in den 80er Jahren im Wohnungsbau aufholte, gaben die Randbezirke wieder viele Einwohner ab. Das dürfte die einzige echte DDR-spezifische Stufenwanderung gewesen sein, die es je gab.
- Altindustrialisierte Bezirke im Süden: Aufstiegsorientierte Migrationsquellen. Vor allem der Bezirk Halle (er verlor von 1970 bis 1989 im Saldo über 105.000 Personen durch Abwanderung), weniger die Bezirke Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), waren nach den Korrekturwanderungen, spätestens ab Ende der 60er Jahre, lange Zeit im Saldo konstante Verlierer insbesondere nach Berlin. Es gab aber auch einen Austausch zwischen den Industriegebieten. – Eine besondere Rolle spielte die Abwanderung aus diesen Bezirken nach 1981, als auf dem X. Parteitag der SED erstmals öffentlich vom künftigen demographischen Rückgang der Beschäftigtenzahlen gesprochen wurde. Dem drohenden Facharbeitermangel sollte mit Freisetzung durch Rationalisierung der Industrie begegnet werden. Das drückte sich u. a. in der „Schwedter Initiative“ aus (Losung: „Weniger produzieren mehr!“). Das hatte zum einen eine verstärkte Abwanderung aus den Industriegebieten, zum anderen eine stärkere Selektivität bei den Wanderungen zur Folge.
- Periphere Bezirke mit differenzierter wirtschaftlicher Bedeutung. Schon

kleine Veränderungen in der Wirtschaftsstrategie oder ausgewählte Standortentscheidungen konnten durch den damit verbundenen Wohnungsbau relativ kurzfristig zu zeitweiligem Wanderungsgewinn führen. Gewöhnlich war die Migrationsbilanz dieser Bezirke aber eher variant. Zumeist waren es ganz konkrete Maßnahmen oder Ereignisse, die zumindest zeitweilig die Attraktivität der Regionen enorm steigerten und erhebliche Zuzüge bewirkten (z. B. Cottbus: Ausbau des Energiesektors; Rostock: Auf- und Ausbau der Werften und der Häfen; Gera: Schwerpunkt Mikroelektronik und Optik). Gleichzeitig sind diese Bezirke aber auch ländlich geprägt oder hatten andere strukturelle Nachteile (z. B. überalterte Produktionsmittel in der Industrie), so dass sie auch immer eine sehr starke Abwanderung ertragen mussten. – In Thüringen, aber auch in Sachsen, gab es ab 1971/72 einen speziellen Abwanderungsgrund: Nach der Verstaatlichung der letzten, bis dahin in Privatbesitz befindlichen Betriebe der Leicht- und Konsumgüterindustrie (ca. 12 %) verloren die entsprechenden Standorte oftmals sehr schnell ihre vorherige Attraktivität.

- Die Nordbezirke der DDR: „Demographische Überschussregion“ – so wurde das Gebiet, das im wesentlichen mit dem heutigen Mecklenburg-Vorpommern und den nördlichen Teilen von Brandenburg identisch ist, in der Literatur der 70er und frühen 80er Jahre vielfach bezeichnet. Gemeint war ein Abwanderungsraum, der seine Migrationsverluste durch Überschüsse in der natürlichen Bevölkerungsbewegung wieder auffüllte. In der Tat konnte die fast permanente Abwanderung aus den Nordbezirken gegen Ende der 1980er Jahre im jährlichen Mittel durch Geburtenüberschüsse um etwa 4.000 überkompensiert werden.

In den letzten 20 Jahren der DDR hatten die Bezirke Halle mit im Saldo rund 106.000 Personen und Neubrandenburg mit ca. 55.000 Personen die größten absoluten Wanderungsverluste. An der Einwohnerzahl gemessen waren die ländlichen Regionen die stärksten Verlierer. Das wird besonders auf der Ebene der Kreise deutlich, wo vor allem die agrarisch geprägten Räume Ostelbiens langanhaltend die höchsten Wanderungsverluste zu ertragen hatten. Exemplarisch steht dafür der Kreis Strasburg, der allein zwischen den Volkszählungen von 1971 und 1981 trotz beachtlicher Geburtenüberschüsse fast 15 % Bevölkerungsrückgang erlebte. Aber auch ländliche Kreise im Süden hatten zuweilen dramatische Entwicklungen zu verkraften, wie z. B. der Kreis Querfurt. Unter den vielen altindustrialisierten Kreisen mit überdurchschnittlichen Migrationsverlusten sind exemplarisch Bitterfeld, Borna, Merseburg, Hoyerswerda und Riesa zu nennen.

### **6.3. Zunehmende Verstädterung durch Land-Stadt-Wanderung**

Im kommunalen Maßstab ergab sich ein davon abweichendes Bild. Hier gab es, unabhängig vom interregionalen Austausch, eine fast lineare Relation von Gemeindegröße und Umfang der Migration: Je kleiner die Gemeinde, desto größer der relative Migrationsverlust. Das führte zu einer ungünstigen Altersgliederung und in der Endkonsequenz zu Geburtendefizit. Besonders starker Zuzug, hauptsächlich in die Bezirkszentren und größeren Mittelstädte bzw. die meisten der damaligen Kreisstädte, bewirkte dort bis 1990 oft erhebliche Geburtenüberschüsse. Somit ist die Gesamtbilanz der Bezirke, unabhängig vom jeweiligen Saldo der Außenwanderung, auch immer unter Beachtung der jeweils dominanten Gemeindegröße zu bewerten. Der Geburtenüberschuss der Nordbezirke stützte sich seit Ende der 70er Jahre fast ausschließlich auf die größten Städte, die durch Zuzüge in der Altersstruktur begünstigt waren, wogegen die Hauptquellen der überregionalen Migration, die ländlichen Gemeinden, ihre Migrationsverluste nur zu 10 – 20 % durch Geburtenüberschüsse ausgleichen konnten.

Von besonderer Bedeutung war die über die altersspezifische Siebung hinausgehende Selektivität der Wanderungen. Lange anhaltend und nach Intensität und Richtung gleichförmig ergaben sich spezielle demographische Erosionen, deren Folge die Bevölkerungsgeographie als Demographisch-soziologische Disproportionen (DSD) bezeichnet. Im Hinblick auf die Abwanderungsgemeinden der ländlichsten Regionen ist vor allem die Auswirkung dieses Prozesses auf die Residualbevölkerung (die „Zurückgelassenen“) interessant, deren Struktur nicht nur in den klassischen demographischen Merkmalen Alter und Geschlecht vom allgemeinen Durchschnitt abweicht, sondern auch nach soziologischen Attributen (vor allem Bildung und elementare Merkmale der Lebensführung). Das wirkt sich nicht nur auf die demographischen Chancen des Raumes aus, sondern hinsichtlich des Braindrain auch auf die künftige Wirtschaftsentwicklung (Topan 1998).

Komponenten und Auswirkungen der Demographisch-soziologische Disproportionen lassen sich zwar nicht im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Gefüges einander eindeutig zuordnen, dennoch gibt es dominante Relationen, die sich klassifizieren lassen (Abwanderung der jungen Bevölkerung beschleunigt die Überalterung; überproportionaler Verlust an Frauen im fertilen Alter führt zu starken Männerüberschüssen; der qualifikationsorientierten Migration folgt die Überhäufigkeit Geringqualifizierter mit geringerer Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt). Bemerkenswert ist die Persistenz des Inhaltes dieses Schemas über das Ende der DDR (Weiss, Hilbig 1996).

Der Umfang der Land-Stadt-Wanderung bzw. die Bedeutung der ländlichen Gemeinden als wichtigste Quelle auch für die überregionale Migration lassen sich erst ermessen, wenn sie ins Verhältnis zur Gesamtentwicklung gestellt werden. Während die Einwohnerzahl der DDR rückläufig war, nahm die Stadtbevölkerung nicht nur tendenziell, sondern sogar absolut zu. So nahm die Gesamtbevölkerung z. B. von 1970 bis 1980 um 314.000 Einwohner ab (1,8 %), aber die Stadtbevölkerung wuchs um 164.000 Einwohner (1,3 %), die ländlichen Gemeinden (unter 2000 Einwohner) hatten jedoch einen Verlust von 11 % der Bevölkerung zu ertragen (Wendt 1994, S. 532). Letztlich waren vom Wanderungsverlust aber nicht nur die Landgemeinden, sondern auch die Kleinst- und Kleinstädte betroffen.

Diese Entwicklung wurde teilweise durch die Territorialplanung befördert. Ende der 1960er gab es – etwa analog zur 1. Ministerkonferenz für Raumordnung in der ehemaligen BRD – Überlegungen zum Zentrale-Orte-System. Mit der Definition von Siedlungskategorien im Spektrum von SK 1 (Hauptstadt) bis SK 7 (Disperser Ort mit unzureichenden Arbeits- und Lebensbedingungen) wurden viele Ortsteile von ländlichen Gemeinden geradezu planmäßig zu Migrationsquellen erklärt, denn die Siedlungskategorie 7 wurde aufgespalten und SK 7d sollte „bis zum Jahre 2000 perspektivisch aufzulassen“ sein.

Das entsprach einer Strategie, die Mitte der 1960er Jahre in der Sowjetunion Planungspraxis wurde, als insbesondere in der Schwarzerdezone fast 50 % aller Dörfer zu Nichtperspektivischen Orten erklärt wurden. Die Folge war massenhafte Abwanderung und eine Hungerkatastrophe, die enorme Getreidekäufe der Sowjetunion in Kanada und den USA auslöste. – In der DDR wurde diese Entwicklung als Warnung verstanden. Kurze Zeit später hieß es auf dem Bauernkongress: „Kein Dorf ist überflüssig!“ Dennoch war die Abwanderung vom Lande nicht mehr zu stoppen.

## **7. Räumliche Unterschiede in der Alters- und Geschlechtsgliederung**

Grob gegliedert war die Bevölkerung im Süden der DDR über die gesamte Zeit hinweg überaltert. Dagegen hatten die ländlichen Regionen östlich der Elbe und in der Altmark einen günstigeren Altersaufbau der Bevölkerung. Dennoch gab es bis Mitte der 70er Jahre selbst zwischen Ost- und Westdeutschland kaum so bedeutende Unterschiede wie danach. Erst mit der stärkeren Abweichung der Fertilität in Ost- und Westdeutschland Mitte der 70er Jahre verschoben sich die Proportionen. Von da an bis Ende der 1980er Jahre hatten die Frauen in der DDR durchschnittlich etwa 0,5 Kinder mehr geboren

als in der BRD. Gleichzeitig blieb die positive Entwicklung der Lebenserwartung im Osten deutlich hinter der des Westens zurück, was insbesondere auf die beschleunigte Entwicklung der medizinischen Notversorgung in der BRD und deren Zugänglichkeit zurückzuführen ist (in der BRD kam der erste Rettungshubschrauber des ADAC 1970 zum Einsatz; dagegen hatte die DDR um 1980 erst eine private Telefonversorgung pro Familie wie Nigeria).

Bislang kaum diskutiert, aber in der Gesamtbilanz sicher messbar, ist die selektive Abwanderung der Senioren, was ebenfalls zur Verschiebung der Strukturen beigetragen haben dürfte. Schließlich hatte die DDR an ihrem Ende eine im Durchschnitt deutlich jüngere Bevölkerung als die BRD; mit 35,6 Jahre lag der Wert sogar rund drei Jahre unter dem Durchschnittsalter der westdeutschen Bevölkerung (Roloff 2000, S. 4).

Bei kleinräumiger Gliederung lösen sich diese groben Muster allerdings schnell auf. So wurden bereits 1987 selbst in den ländlichsten Gebieten infolge der selektiven Abwanderung viele Gemeinden als „postprosperitär“ (ca. 26 %) bzw. als „demographische Krisengemeinden“ (> 12 %) ausgewiesen, d. h. sie waren schon damals so stark überaltert, dass sie „funktional als gesellschaftlicher Organismus existenzgefährdet“ gekennzeichnet werden mussten. Der regionale Geburtenüberschuss kam hingegen allein aus jenen knapp 20 % der Gemeinden, die als Standorte des Wohnungsbaus durch Zuzug in der Altersgliederung begünstigt waren (Weiß 1996).

## **8. Räumliche Differenziertheit der Fertilität**

Nicht nur bis Mitte der 1960er Jahre, als zeitgleich und ohne erkennbaren Anlass in beiden deutschen Staaten der Höhepunkt der Nachkriegs-Fertilität erreicht wurde (DDR: 2500, kaum unterscheidbar von der BRD: 2540), sondern auch in den mindestens 10 folgenden Jahren, in denen ein stetiger Rückgang der Fruchtbarkeit („Pilleknick“) vorherrschte, waren die DDR und die BRD diesbezüglich sehr ähnlich. Unterhalb dieser Globalzahlen gab es aber regionale Unterschiede:

In der DDR galt spätestens ab Mitte der 1950er Jahre eine regelhafte Verteilung von Fruchtbarkeit: Die Bevölkerung ländlicher und zugleich landwirtschaftlich geprägter Gebiete hatte viele Kinder, die städtische und zugleich industrielle Bevölkerung hatte weniger Kinder. Dieses Gefüge war, ähnlich zur Situation in der BRD, überall nachweisbar, wo es eine statistische Differenzierung gab. Die regionale Dominanz von Landwirtschaft im Norden und Industriestädten im Süden führte also zu einem relativ einfachen Muster, bis sich ab 1972, nach der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und dem

Beginn der kostenlosen Abgabe der „Pille“, für die Frauen im fertilen Alter die Reproduktionsbiographien neu ordneten.

Das Nadir der Fertilitätskurve rückte vom 28. Lebensjahr vor und platzierte sich zwischen dem 21. und 22. Lebensjahr; die Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeit stieg wieder an und erreichte 1982 mit 1855 einen seitdem nicht mehr erreichten Maximalwert. Obgleich sich in der Zeit der „Neuordnung“ zwischen 1973 und 1976 die Fertilitätswerte von Stadt und Land sowie der Regionen stark annäherten, ist die gesamte Zeit über die gleiche Rangfolge erhalten geblieben: Die Bezirke Neubrandenburg, Schwerin und Rostock führten in dieser Reihenfolge mit leichtem Abstand vor den mittleren Bezirken Cottbus, Potsdam und Frankfurt/Oder und deutlich vor den traditionellen Industriegebieten; Leipzig und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) bildeten den Abschluss mit Fertilitätsquoten, die sonst eher in der BRD zu finden waren. Hinter diesen klaren Grundzügen changieren verschiedene Besonderheiten:

Zwar hatten die ländlichsten Gebiete in den Nordbezirken (z. B. um Teterow) noch bis kurz vor der „Wende“ Werte erreicht, die nahe der einfachen Reproduktion lagen, doch war mittlerweile der Anteil der Frauen im demographisch aktivsten Alter infolge der selektiven Abwanderung so stark zurückgegangen, dass damit selbst in vielen ländlichen Gemeinden dieser Region schon lange keine Geburtenüberschüsse mehr möglich waren. Dennoch gab es Mechanismen, die im ländlichen Raum zur Aufrechterhaltung der Fertilität beitrugen. Vor allen anderen sozialpolitischen Maßnahmen erwies sich eine als besonders wirkungsvoll: die Möglichkeit der Freistellung von der Arbeit bei hohem Lohnausgleich bis zum Ende des 3. Lebensjahres des Kindes (Eintritt ins Kindergartenalter), wenn die Mutter ledig war und es in hinreichender Entfernung (Auslegung!) keine Kinderkrippe gab. Mit dieser Kenntnis ausgestattet ist es dann gar nicht mehr so erstaunlich, dass in den ländlichsten Gemeinden viele Geschwister einen Altersabstand von etwa drei Jahren haben.

Bemerkenswert: Durch die besonders starke Förderung der Studierenden mit Kind kam es in der DDR zu einer besonders hohen Fruchtbarkeit bei akademisch Gebildeten bei gleichzeitig starker Verkürzung des Generationsabstandes. Es gelang sogar, das Klischee von der geringen Kinderzahl bei den Leistungsträgern und der hohen Fertilität Geringqualifizierter zumindest von 1970 und 1990 zu überwinden (Weiss 2000, S. 213). Das führte hinsichtlich der räumlichen Verteilung zu einer besonderen demographischen Stärkung



der Hoch- und Fachschulstandorte. Davon ist in den Nordbezirken der DDR insbesondere der Standort Greifswald begünstigt gewesen.

## **9. Räumliche Unterschiede in der Lebenserwartung und der Mortalität**

Die Anzahl der Gestorbenen korreliert am stärksten mit der Altersstruktur der Bevölkerung. So widerspiegelt das regionale Gefüge der Altersstruktur auch nahezu 1:1 die räumliche Verteilung der Mortalitätsdaten. Unter Beachtung der ab Mitte der 1970er Jahre hinter die Bundesrepublik zurückfallenden Entwicklung der Lebenserwartung und der Überalterung Sachsens und der west-nordwestlich angrenzenden Region ist es also nicht verwunderlich, wenn genau dieser Raum Ende der 1980er Jahre die höchste Sterberate in Deutschland hatte. Dennoch gibt es einen notwendigen Kommentar zu diesem Schema:

Die bereits erwähnte geringe Zugänglichkeit der medizinischen Notversorgung führte schon relativ frühzeitig zu einer signifikant geringeren Lebenserwartung in den ländlichen Regionen. In der DDR-Demographie waren die Nordbezirke, insbesondere der Bezirk Neubrandenburg, als „Region mit der höchsten altersspezifischen Mortalität“ bekannt (Maretzke 1987). Das ist um so bedeutsamer, als sich zumindest in der populärwissenschaftlichen Literatur und auch öffentlich bis heute die Ansicht hält, dass vor allem die Industriebetriebe der DDR mit ihrer erheblichen Umweltlast (z. B. die Legende vom Quecksilbersee der Filmfabrik Wolfen) zur höheren Sterblichkeit in den industriellen Ballungsgebieten im Osten Deutschlands beitrugen. Aber auch Defizite in der Ernährung werden immer wieder bemüht, z. B. der „Vitaminmangel“ wegen unzureichender Versorgung mit frischem Obst und Gemüse. Alle diese Spekulationen sind kürzlich von Dinkel (siehe seinen Beitrag) recht eindrucksvoll als haltlos widerlegt worden. Dennoch bleibt eine Restgröße als Unbekannte: Wenn die Zugänglichkeit zur medizinischen Notversorgung eine solch große Bedeutung für regionale Unterschiede in der Lebenserwartung hat, dann sind auch die Ursachen, die zu medizinischen Notlagen führen, zu differenzieren.

## **10. Was bleibt?**

Die aktuelle Entwicklung der Bevölkerung vor allem im Osten Deutschlands wird zumeist mit dem Begriff Schrumpfung charakterisiert. Das ist ein realer Prozess. Er resultiert aus der Verringerung der Anzahl der Geburten je Frau von über 1,8 auf durchschnittlich 1,3 bis 1,4 trotz gleichzeitiger Erhöhung der Lebenserwartung. Diese Entwicklung begann zeitgleich in beiden deutschen

Staaten Anfang der 1970er Jahre, also in dem Moment, als die Baby-Boom-Kinder der 1930er Jahre ihre Reproduktion vollzogen hatten und die Generation der kriegsbedingten Geburtenausfälle ins fertile Alter aufrückte. Sie könnte also durchaus ein resonanzverstärktes demographisches Echo sein.

In der DDR wurde diese geringe Fertilität zeitweilig durch Vorverlegung der Erstgeburt teilweise überwunden, denn damit vergrößerte sich die Wahrscheinlichkeit von Folgegeburten. Die höhere Fruchtbarkeit von 1976 bis 1989 wurde bei Freigabe aller Möglichkeiten zur Familienplanung, der Selbstbestimmung der Frauen über die Geburten und trotz der unbegrenzten Möglichkeiten zum Abbruch unerwünschter Schwangerschaften erzielt.

Mit dem Fall der Mauer und dem damit eingeleiteten neuerlichen Exodus in Richtung Westen sind zumindest zeitweilig und teilweise die Verhältnisse der 1950er Jahre wieder reaktiviert worden. Die in der DDR entstandenen und von Westdeutschland abweichenden Strukturen, insbesondere die stärkere Besetzung in den Geburtsjahrgängen 1976 bis 1989, werden aber noch mindestens Zeit ihres Lebens in der Altersstruktur Deutschlands bewahrt bleiben, denn demographische Prozesse sind in spezifischer Weise wahrhaft nachhaltig. Dabei ist völlig unabhängig, in welchem Bundesland diese Personen gerade wohnen. Der Osten hat jedenfalls bereits einen großen Teil von ihnen verloren, denn sie waren in den vergangenen 12 Jahren im migrationsaktivsten Alter.

Bedenklich ist die Persistenz der selektiven Abwanderung aus wenig attraktiven Regionen, wobei sich mit der Fusion beider deutscher Staaten die Nachteile der ländlichsten Räume auch auf ihre Zentren ausdehnten. So ist z. B. in Rostock, einem der wichtigsten Standorte im Siedlungsnetz im ostelbischen Raum, der Männerüberschuss im demographisch aktiven Alter von unter 4 % (1988) auf über 15 % (2002) gestiegen – Resultat eines überproportionalen Frauenverlustes. Unter diesen Bedingungen würde selbst die Fertilität von 1965 keine langfristige Stabilität der Einwohnerzahl sichern.

Bedenklich ist auch die zunehmende Benachteiligung peripherer Regionen durch eine geringe Attraktivität für Hochqualifizierte. Sie verlieren damit nicht nur ihre endogene Kraft, sondern vor allem auch an Chancengleichheit. In der DDR wurde diesem Prozess noch bis einschließlich 1989 zumindest mit der Absolventenlenkung der Hoch- und Fachschulkauder relativ erfolgreich gegengesteuert. Seitdem finden aber kaum noch Ärzte, Lehrer und andere Akademiker in diese Räume.

Nicht minder bedenklich stimmt die geringe Fruchtbarkeit, die sich nach 1989 quasi „über Nacht“ einstellte. Das wirft Fragen nach dem Reprodukti-

onsniveau auf, das offensichtlich weniger vom Lebensstandard und den unmittelbaren existenziellen Bedingungen abhängt als von anderen Bedingungen der Gesellschaft, z. B. dem sozialen Klima, dem kollektiven Bewusstsein und der Kultur einer Gesellschaft, denn unabhängig von der historischen Erfahrung und der Region sind es heute überall in Deutschland gerade die Leistungsträger, welche sich an der Reproduktion nur vermindert beteiligen.

Letztlich ist der Osten zum demographischen Krisenraum Deutschlands geworden. Er geht den west- und süddeutschen Bundesländern aber nur um wenige Jahre in der Entwicklung voran. Die auch dort seit 1971 schwach besetzten Jahrgänge haben das Nadir ihrer Fertilitätskurve schon längst überschritten. Im Unterschied zur ehemaligen BRD, wo über Jahrzehnte hinweg die eigenen Geburtendefizite durch enorme Zuzüge an verstetigten Gastarbeitern, Spätaussiedlern und anderen kompensiert werden konnten, versuchte die DDR die eigenen Potentiale zu mobilisieren, und gerade die aktiveren Teile der Bevölkerung nahmen dieses Angebot relativ erfolgreich an.

Damit dürfte der Osten Deutschlands insbesondere zur Bewältigung aktueller demographischer Entwicklungen ein Beobachtungslabor mit besonderer Aufgabe für die westlichen Demokratien insgesamt geworden sein. Vor allem die ländlichsten Regionen Ostelbiens und hier wiederum insbesondere Mecklenburg-Vorpommern offenbaren brennpunktartig die in naher Zukunft gesamtdeutschen Bevölkerungsprobleme. Sie vermitteln aber auch Erfahrungen, was bei entsprechender Sozialpolitik demographisch machbar ist.

## **Literatur / Quellen**

- Die Binnenwanderung im Jahre 1962, Teil II. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik/ Abt. V – Sektor Bevölkerung (Hrsg.), Berlin 1964.
- Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Deutscher Zentralverlag Berlin 1946.
- Dorbritz, Jürgen: Bericht 1994 über die Demographische Lage in Deutschland. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften, 4/1993-94, S. 393–474.
- Luy, Marc: Warum Frauen länger leben. Erkenntnisse aus einem Vergleich von Kloster- und Allgemeinbevölkerung. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Materialien zur Bevölkerungsforschung; Heft 106, Wiesbaden 2002.
- Maretzke, Steffen: Die demographische Entwicklung auf dem Lande – ökonomische und soziale Konsequenzen für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Hochschule für Ökonomie, Berlin 1987 (Dissertation A, unveröffentlicht).

- Roloff, Juliane: Die demographische Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Materialien zur Bevölkerungsforschung; Heft 100, Wiesbaden 2000.
- Schrödel, Gottfried und Günther Funk: Bevölkerungspyramiden in Deutschland. In: URANIA, 22. Jg., Heft 1/1959, S. 1–4.
- Statistische Jahrbücher der DDR. Mehrere Jahrgänge.
- Statistisches Bundesamt Deutschland: <http://www.destatis.de/jahrbuch/jahrtab1.htm>; in der Aktualisierung vom 23. April 2003.
- Topan, Angelina: Brain drain in Mecklenburg-Vorpommern. Universität Rostock 1998 (Rostocker Arbeitspapiere zu Wirtschaftsentwicklung und Human Recource Development).
- Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Band IV, Sowjetische Besatzungszone. Deutscher Zentralverlag, Berlin 1949.
- Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Band III, Landes- und Kreisstatistik, Heft 2, Mecklenburg-Vorpommern. Deutscher Zentralverlag, Berlin 1949.
- Weber, Egon: Bevölkerungsentwicklung und -verteilung während des Aufbaus des Sozialismus. In: Ökonomische Geographie der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1, 3. überarbeitete u. ergänzte Auflage, Herrmann Haack, Gotha/Leipzig 1977, S. 62–101.
- Weber, Egon und Dina Möbius: Geographie der Bevölkerung. In: DDR – Ökonomische und soziale Geographie, Herrmann Haack Gotha 1990, S. 84–111.
- Weiß, Wolfgang (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern. Brücke zum Norden und Tor zum Osten. – 1. Aufl. - Gotha : Perthes, 1996. – (Reihe „Perthes Länderprofile“).
- Weiß, Wolfgang; Hilbig, Antje: Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. In: Informationen zur Raumordnung, 11,12/1998, S. 793–802.
- Weiß, Wolfgang: Regionaldemographische Aspekte der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) im „Stadtumbau Ost“ am Beispiel ausgewählter Städte im Nordosten Deutschlands. In: Mecklenburg-Vorpommern: Städte und ihr Umland (Arbeitstitel), Greifswald 2003, ca. 25 S. (Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung ; Bd. 14 – im Druck)
- Weiss, Volkmar: Die IQ-Falle. Leopold Stocker Verlag, Graz 2000.
- Wendt, Hartmut: Wanderungen nach und innerhalb von Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Wanderungen. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Heft 4/1993–94. S. 517–540.

## Anhang

Tab. 1: Regionaldemographische Chronik der DDR

Jahr / Zeitraum	Ereignis / Rahmenbedingungen	Demographische Strukturen, Prozesse und/oder Konsequenzen
1939–1945	Krieg	<b>Verlust von 1.444.100 Einwohnern (fast 10 %)</b> der autochthonen Bevölkerung durch Tote an den Fronten und im Hinterland; der Krieg führt zu Geburtenausfällen, Kriegsgefangenschaft, Flucht vor der Front, Umsiedlung und Vertreibung insbesondere aus dem Osten etc.; <b>Vergrößerung der Einwohnerzahl durch Umsiedler um 3.600.000 Personen auf 114,2 %</b> des Vorkriegsstandes.
1945/46	Flüchtlinge, Umsiedler und Heimatvertriebene; Bodenreform.	Der <b>Anteil der Umsiedler beträgt 20,8 %</b> , in Nordwest-Mecklenburg fast 60 %; extreme demographische und soziale Umschichtung. <sup>1</sup>
1947 bis 1950	Wirtschaftlicher Aufschwung zunächst im Osten, ab 1947 verstärkt in den Westzonen; die <b>Korrekturwanderungen</b> beginnen	Die Bevölkerungsentwicklung wird letztlich von der <b>Ost-West-Wanderung dominiert</b> ; zwischen 1946 und 1950 wandern 1,3 Mill. Menschen ab. Davon unabhängig überwindet der Osten viel eher die geringe Fruchtbarkeit zum Ende des Krieges.
Bis 1949	Erste Wellen der <b>Heimkehrer</b> aus der Kriegsgefangenschaft	Mit der <b>Rückkehr der Männer</b> werden allmählich die Geburtendefizite überwunden; Deutschlands Osten ist dabei deutlich schneller als der Westen.
1949	Gründung der beiden deutschen Staaten	<b>Anstieg der überregionalen Ost-West-Migration</b> (ohne Umsiedler) auf durchschnittlich 288.000 Personen pro Jahr (bis 1961 sind 3.456.000 Personen aus der DDR in die BRD abgewandert).
Bis 1951, auslaufend bis 1954	Tiefgreifende wirtschaftliche Veränderungen: SMAD-Befehle <sup>2</sup> , Reparationen	Einfluss auf die <b>Korrekturwanderung</b> : Umsiedler, die vormals städtische Bevölkerung waren, werden vorrangig in Industriegebiete gelenkt.

1952	Beschluss zum Aufbau des Sozialismus; erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften („Kollektivierung“)	LPG-Gründungen: <b>Verstärkte Abwanderung</b> vorrangig aus Gebieten mit traditionellem Bauerntum aus Angst vor Repressionen. Gründung der Bezirke: Die „Wohnraumlenkung“ wird zu einem Instrument zur <b>Beeinflussung der Migration</b> .
1953	Verschärfte Wirtschaftslage; Ereignisse um den 17. Juni	Sonst eher heterogene <b>Migrationsgründe erhalten eine eindeutig politische Komponente</b> ; mit 496.780 Fällen im Saldo höchster Ost-West-Wanderungsverlust.
1954 / 1955	Verträge der UdSSR mit der DDR und der BRD	Offizielles Ende der Reparationen; <b>Heimkehr der letzten Kriegsgefangenen</b> .
Ab Mitte der 1950er Jahre	Politische Kampagnen bzw. Politik nach Losungen, u.a. „Abbau der Disproportionen zwischen Nord und Süd“, „Industriearbeiter aufs Land“, viele „FDJ-Initiativen“	<b>Umsiedlung</b> tausender sächsischer, anhaltinischer und thüringischer Arbeiter insbesondere in die MTS-Dörfer <sup>3</sup> der Nordbezirke, u. a. zur verstärkten politischen Beeinflussung der Agrarentwicklung; Anfänge der <b>Absolventenlenkung</b> (zunächst vor allem Lehrer, später medizinische Berufe).
1961	Bau der Mauer	<b>Ende der dominanten Ost-West-Migration</b> – dennoch wird die DDR demographisch nicht zum „geschlossenen System“. – Kanalisation der Migration aller Bezirke auf ihre Zentren und auf wirtschaftsstrategische Standorte.
Ab 1961	Vereinheitlichung der „Wohnraumlenkung“	Wohnungsversorgung erfolgt zunehmend über Betriebe (Kontingente) mit klarer wirtschaftlicher und politischer Hierarchie bei der Zuweisung; immer stärker wird die <b>räumliche Identität von Wohn- und Arbeitsort angestrebt</b> ; der industrie-mäßige Wohnungsbau mit festen Standards wird zunehmend als Wanderungsziel bevorzugt.

1964	Ohne erkennbaren Anlass:	Dem <b>Höhepunkt der Nachkriegs-Fertilität</b> in beiden deutschen Staaten (DDR: 2500; BRD: 2540) folgt für über 10 Jahre ein <b>stetiger Rückgang der Fruchtbarkeit</b> („Pillenknicke“).
Mitte der 1960er Jahre	Übergang zu industriellen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, u.a. durch verstärkte Mechanisierung; Gründung erster Industrie-Kombinate	Freisetzung von Landarbeitern für die Industrie sowie Verringerung der Ausbildung landwirtschaftlichen Nachwuchses zugunsten der Industrie; <b>Beginn einer permanenten selektiven Abwanderung</b> von den Dörfern in die Städte, aus der Landwirtschaft in die Industrie, vom Norden in den Süden, dominiert von leistungsstarken weiblichen Schulabgängern. Auch in den industriellen Ballungsgebieten treten erstmals bedeutende Verluste durch Abwanderung ein.
Ende der 1960er Jahre (nach der 3. Hochschul-Reform 1968)	Die <b>Absolventenlenkung</b> an Universitäten, Hoch- und Fachschulen wird vervollkommen; Verordnungen folgen 1971	<b>Dirigistischer Eingriff in die Freiheit der Wahl des Arbeitsortes</b> bei Garantie von Arbeitsplatz und Wohnung; diente u. a. der gezielten Installation der „sozialistischen Intelligenz“ und der Gegensteuerung von „ <i>brain drain</i> “.
Ab 1971	„Kombinats-Sog“	Der Übergang zur „intensiv erweiterten Reproduktion“ als Organisationsprinzip der volkseigenen Industrie (bessere Ausnutzung der Produktionsfaktoren) begrenzt die Investitionen „auf grüner Wiese“ und lenkt die <b>Migration verstärkt in traditionelle Zentren und Ballungsräume</b> .
1971	Das <b>Wohnungsbauprogramm</b> wird Kern der Sozialpolitik der SED: der „Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis zum Jahre 1990“ wird innenpolitisch fast alles untergeordnet	Der Wohnungsbau folgt dem Bedarf der Industrie nach Arbeitskräften; die Migration wird durch die Standortwahl des industriemäßigen Wohnungsneubaus gesteuert. Folge: Verbesserung der Altersstruktur in den Ziel- und Überalterung in den Quellgebieten; <b>die Migration polarisiert</b> die ländlichen Gemeinden und die Kleinstädte als Verlierer gegenüber den Groß- und Mittelstädten.

Anfang / Mitte der 1970er Jahre	„ <b>Siedlungskategorien</b> “ werden zu einem Instrument der Territorialplanung	Ausgewählte „Kleinstsiedlungen mit unzureichenden Arbeits- und Lebensbedingungen“ werden als „bis 2000 aufzulassende Siedlungen“ <sup>4</sup> deklariert; das <b>verstärkt die Abwanderung vom Lande (Kleinstädte und Dörfer)</b> .
1971 / 1972	Verstaatlichung der restlichen privaten Industriebetriebe durch Kauf	Beginn einer enormen Abwertung vieler Standorte der Leichtindustrie in den Klein- und Mittelstädten vor allem in Thüringen und Sachsen; starke Überalterung.
1972 bis 1976	Der <b>Schwangerschaftsabbruch</b> wird legal (ersatzlose Streichung des § 218); die kostenlose Abgabe der „Pille“ auf Rezept beginnt	Jährliche <b>Geburtenausfälle</b> von bis zu 25%; die „Reproduktionsbiographien“ ordnen sich bis 1976 neu; der Norden bleibt der geburtenfreudigste Raum in der DDR, denn in der Rangfolge behalten fast alle Bezirke auch nach dieser Zäsur ihre Plätze.
Mitte der 1970er Jahre	Zeitweilige Stagnation und schließlich Zurückbleiben der <b>Lebenserwartung</b> hinter der Entwicklung in der BRD	Die innergebietliche Ausdifferenzierung führt zu erheblicher <b>Benachteiligung ländlicher Regionen</b> durch verminderten Zugang zur medizinischen Notversorgung; es fehlt Technik (kaum Telefone, keine Hubschrauber).
Ab 1976	<b>Sozialpolitik</b> zur Förderung von Familien mit Kindern; Alleinstehende Eltern werden bevorzugt mit Wohnraum versorgt	<b>Überwindung der Geburtendefizite</b> ; generative Abläufe vereinheitlichen sich: Schwangerschaften werden ins Alter von 18 bis 25 Jahre vorverlagert (Schwerpunkt: 21./22. Lebensjahr); <b>die einfache Reproduktion wird dennoch nicht mehr erreicht</b> .
1977	Organisatorische Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion in der Landwirtschaft	Zunahme räumlicher Differenzen der Lebensqualität in den ländlichen Gebieten. Im Süden überaltern vor allem die Klein- und kleinen Mittelstädte, die weder innovative Industrie noch Landwirtschaft haben.



Ab 1981	Der X. Parteitag der SED nennt die demographische Entwicklung erstmals als limitierenden Parameter für die Wirtschaftsentwicklung; FDJ-Initiative „Berlin“	Stärkere Abstimmung von Schule und Wirtschaft. Die zunehmende Konzentration der ökonomischen Kapazitäten führt zur Verringerung der Standorte des Wohnungsbaus: Fast nur noch Bezirks- und ausgewählte Kreiszentren; die <b>überproportionale migrationelle Aufwertung von Ost-Berlin</b> beginnt.
1980er Jahre	Zunehmende „Abnutzung“ sozialpolitischer Leistungen; Ausnahme: <b>Förderung Alleinerziehender</b> , vor allem der <b>Studenten mit Kind</b> , und <b>Lohnfortzahlung bei fehlender Kinderkrippe</b>	<b>Das Fertilitätsniveau fällt</b> fast stetig, ab 1987 fast dramatisch; die Timing-Effekte (insbesondere die Vorverlegung von Geburten) sind aufgezehrt – es kann nicht einmal mehr das Niveau von 1982 ( $\sum fx=1855$ ) gehalten werden. – <b>Zeitweilige Umkehr der tradierten Korrelation von Fertilität und Bildung sowie der Fertilität von Stadt und Land.</b>
1980er Jahre	Zunehmende Sättigung des Wohnungsbedarfs; Defizite der Wirtschaft führen zur weiteren Reduzierung der Anzahl der Standorte; Modifikation des Wohnungsbauprogramms: die „statistische“ Erfüllung wird wichtiger als die Qualität	Die Migration reduziert sich auf Berufseinstieger sowie <b>selektive Abwanderungen aus den ländlichsten Räumen und Altindustriestandorten</b> , erfasst dabei zunehmend auch größere Städte; die migrationelle Erosion nach Alter, Geschlecht und Qualifikation erfolgt weit über eine Generation lang gleichförmig in Richtung Großstadt; <b>demographisch-soziologische Disproportionen</b> werden zum Merkmal der Abwanderungsgebiete.

1961 bis 1989	Resümee der „geschlossenen“ Grenzen	Im jährlichen Durchschnitt wandern 20.600 Personen oft unmittelbar mit Erreichen des Rentenalters (Frauen mit 60, Männer mit 65) aus der DDR in die BRD ab; ca. 33.000 Personen, oft wesentlich jünger, werden „freigekauft“. – <b>Die Lebenserwartung steigt stetig</b> , bleibt aber ab Mitte der 1970er Jahre hinter der BRD zurück, ist in industrialisierten Ballungen am höchsten, im ländlichsten Raum besonders gering.
1989	Fall der Mauer	<b>Fluchtartige Abwanderungen</b> führen zu erheblichen demographischen Erosionen; forcierte Überalterung in allen Teilen des Landes, insbesondere in den bisherigen Wegzugsgemeinden im ländlichen Norden und im altindustriellen Süden.
1990	Beitritt der Länder der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD	<b>„Vereinigungsrezession“ der Fertilität:</b> schnelle Anpassung an das westdeutsche Niveau; zwischenzeitliche Erhöhung der Sterblichkeit durch enorme Anzahl von Unfall-Toten im Straßenverkehr trotz weiterer Erhöhung der Lebenserwartung.

<sup>1</sup> Volkszählung vom 17. Mai 1939 und Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946

<sup>2</sup> SMAD-Befehle: Anordnungen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland; galten bis 1954.

<sup>3</sup> MTS: Maschinen- und Traktorenstationen; „Stützpunkte der Arbeiterklasse“ auf dem Lande.

<sup>4</sup> Auflassung von Siedlungen: Schließung bzw. Aufgabe einer Siedlung.